

Kumpel Anton zur Ruhrgebietskonferenz

„Anton“, sachtä Cervinsky für mich, „hasse neulich dat Interfu mit mich in dat Blättchen vonne Landesregierung gelesen?“

„Wat“, sarich, „Interfu mit dich beidä Landesregierung? Wegen Schalke?“

„Nä, wegen dä Ruhrgebiezkonferenz. In dat Hudeblättchen 'Unsa Land' odaso, wat imma vor die Wahlen unters Volk gemischt werden tut. Weiße wat da drinnen steht? Ich soll gesacht ham: „Wenn dä Johannes Rau dat kla kricht, watter sich forgenommen hat mit die Ruhrgebiezkonferenz, für uns alle isser 'n Märchenprinz!“

„Wennze dat man glauben tun köns“, sarich.

„Döskopp“, sachtä Cervinsky für mich, „überlech doch ma! Seitze die Püttz zugemacht ham, erzälne von die Monostruktur, dat wa zufiel Püttz ham tun und zu wenich Butieken undso. Noch forn paar Tagen hat dä Johannes Rau inne WAZ gesacht, dattet drauf ankommt, dä Monostruktur aufzulokern, vonwegen die Krisenanfälligkeit. Undat machen se jezz. Kuck doch ma! Ne runde Miljade wolnse in die Kraftwerke stecken. Ärstens wird dä Püttz jezz widda dä Kohlen los, dä Stahlindustrie kricht auch widda wat zu beißen und dä Energiewirtschaft kann die Funzeln am brennen lassen.“

„Tja“, sarich, „abba wo ist dat denn gegen die Monostruktur?“

„Is doch ganz einfach“, sachtä Cervinsky, „die tun einfach 'n paar Kernkraftwerke dazwischen, nach Unna undso, dat is nich so mono. Und wennwa ersma „Energiezentrum der Bundesrepublik“ sind, wie dä Johannes Rau dat vor hat, dann komm die Butieken undso fonselbs.“

„Ich denk, die woln mår für dä Umweltschutz tun, hammse doch dick inne WAZ geschriebe“, sarich.

„Na kla!“, sachtä Cervinsky, „damit wa nich so fon die Industrie belästicht wårn, tunse unsre Zechenhäuskes abreißen, vonwegen die Abstände.“

„Abba“, sarich, „für dä Lebensqualität inne Stadt wollnse echt wat tun. 500 Millionen, damit dä alten Zechengesellschaften nich so auf die Grundstücke glucken.“

„Jau“, sachtä Cervinsky. „Die Püttz, die wo in die Miesen wårn, die durfte der Staat schon 69 ham, damit die Zechengesellschaften noch schön zum Wohle von uns Kumpels die Zechenhäusken an dä Schpekulanten verschärbeln. Und da se für ihre Zechenplätze mit dem ganzen Müll und Kram drauf keinen Dooven finden, darf die Stadt se jezz kaufen.“

Und dä jungen Familien, wo die Oberbürgermeisters so schaff drauf sind, ham auch wat, wose stolz drauf sein könn. 'n eigenes Häusken, vastehse! Dä Vatta weiß wofüa morns aufer Beeins inner Schlange steht und amns Überstunden kloppt; die Mutta weiß, warumse für fierfufzich putzen geht und dä Blagen wissen, warum dat Leben schön is. Und dat alles vonne Ruhrgebiezkonferenz vom Johannes Rau.“

„Junge“, sarich, „wat hasse denn nu bei dem Interfu mit dat Hudeblättchen von dä Landesregierung gesacht?“

„Anton“, sachtä Cervinsky, „is doch kla, wat ich gesacht hab: „Wenn dä Johannes Rau dat kla kricht, dat ihm die Leute die Kiirmes mit der Ruhrkonferenz so for den Wahlen abnåmn, dann isser für uns alle der größte Märchenonkel.“ U.H.,

Ruhr-Milliarden - ohne Konzept*

* aus: Aktuelles Forum NRW, e.V., 4650 Gelsenkirchen Postf. 145,

Hilferufe an der Ruhr. Oberbürgermeister konferieren, wie es im Technokraten-Deutsch heißt. Mit großem Troß beraten sie im Rathaus Castrop — insgesamt 160 Mann holen sich die Spesen ab. Milliarden sollen auf das Ruhrgebiet herunterrauschen. Die bürgerlichen Zeitungen informieren so schlecht, daß kaum ein Kumpel im Revier begreifen kann, worum es wirklich geht.

Daß das Ruhrgebiet überhaupt „entdeckt“ wurde, verdankt es den Bürgerinitiativen. Sie haben nicht nur Zechenhäuser vor dem Abbruch gerettet, sondern auch das Image der Landschaft gründlich verändert. Per Presse und Fernsehen wurde seit 1972 offenkundig, was jeder Ruhrkumpel natürlich längst wußte: daß es im Ruhrgebiet Lebensqualitäten in den Wohnvierteln gibt, weil die Menschen kameradschaftlich miteinander leben, sich nicht auf ihre Obrigkeit verlassen, sondern auf sich selbst und die Kollegen.

Nun haben sich die Politiker des Themas Ruhrgebiet angenommen. Aber nicht, um Zechenhäuser zu retten oder zu modernisieren — dieses Thema erscheint im Katalog der Milliarden-Forderungen bislang an keiner Stelle. Nein, die Politiker werden vom Wahlkampf bedrängt und müssen den Anschein der Aktivität wahren. Daher werden nun auf Teufel komm raus Sprüche über das Ruhrgebiet gekloppt. Je mehr Konferenzen, desto mehr kostenlose Werbung in den bürgerlichen Zeitungen — desto mehr Steuern aber auch für diesen bombastischen Leerlauf an Spesen und Bürokratie.

Wie konzeptionslos die Milliarden rauschen sollen, zeigt der „Wunschzettel“ der Stadtoberhäupter. Zunächst mal wird Steuergeld verlangt, um Zechengelände aufzukaufen — für neue Betriebe und, wie es dann immer so schön heißt, damit also für neue Arbeitsplätze. Doch bislang konnte nicht einmal das vorhandene Gelände an den Mann gebracht werden. Es ist halt eine schlechte Zeit für neue Betriebe. Viel eher muß man vermuten, daß mit den Steuergeldern die Zechenbarone ihren Alt-Besitz noch einmal günstig verwerten können.

Die meisten Städte wollen jedoch Ratsherren-Denkmäler bauen — wie gehabt. Mülheim zum Beispiel: eine teure Wohnanlage für den gehobenen Mittelstand, natürlich mit Steuergeldern der Allgemeinheit subventioniert. Eissport-Halle, Freibad, Hockey-Halle, Abbruch des leerstehenden Neckermann-Kaufhauses und Neubau einer städtischen Sparkasse (statt die Sparkasse in den Kaufhaus-Bau ziehen zu lassen). Essen will ein neues Theater bauen — als ob der Millionen-Etat für wenige Privilegierte nicht schon längst ein Skandal sei.

Von der Wohnungsfrage redet niemand. Daß nämlich für eine Million Menschen in

Arbeiter-Siedlungen preisgünstige und lebenswerte Wohnungen vor dem langsamen Vergammeln geschützt werden müssen.

Gibt ihnen eine Milliarde, macht vernünftige Richtlinien, die Übermodernisierungen verhindern, schreibt als Gegenleistung für die öffentlichen Gelder die Wohnrechte der Bewohner fest, hindert die Bürokratien, einen großen Teil der Summen selbst zu schlucken — und eine der wichtigsten Fragen des Ruhrgebietes läßt sich in den nächsten 10 Jahren klären. Zum Nutzen der Ruhr-Kumpels.

Wenn der Bundestag zusätzlich die auf Kante liegenden unverbrauchbaren Fernstraßengelder (rund 1,6 Milliarden) für Verkehrsberuhigungen in Wohnvierteln (nach dem Delfter Modell) freigibt, dann werden unschätzbare Lebensqualitäten gewonnen.

Aber die Stadtoberhäupter lassen sich vom Kumpel nicht reinreden, so sieht es aus. Über dem Volk, auf den Wolken schwebend, sind sie schon so weit entrückt, daß sie die Probleme der Menschen in der Vorstadt nicht mehr wahrnehmen. Sie interessiert nur das Prestige der Innenstädte, das Interesse einiger Kaufhaus- und Baukonzerne und ihr eigenes Denkmal.

So werden die konzeptionslosen Milliarden dem Ruhrgebiet mehr Probleme bringen als zuvor. Die wirklichen Verbesserungen werden auf der Strecke bleiben.

Wahl-Krampf. Wetten wir, daß das Thema spätestens nach der Bundestagswahl vom Tisch ist?

Es ist zu hoffen, daß sich immer weniger Menschen die Augen mit diesem Sand blind streuen lassen.

Das aktuelle Urteil

Sozialer Wohnungsbau

Die vom Mieter einer mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnung gezahlten Gebühren für Müllabfuhr und Kosten für Allgemeinstrom sowie Antennengebühr müssen vom Vermieter als unzulässige Leistung verzinst zurückgezahlt werden. (Amtsgericht Wuppertal — 29 C 305/78)

Mietnebenkosten

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß sämtliche Kosten der Vermietung mit dem vereinbarten Mietzins abgegolten werden; die Erhebung und Umlage von Nebenkosten durch den Vermieter ist nur aufgrund einer klaren Vertragsvereinbarung möglich. Unklarheiten im Mietvertrag gehen zu Lasten des Vermieters, wenn er einen Formlarmietvertrag verwendet. Aus einer einmaligen Zahlung von Nebenkosten kann noch kein rechtsgeschäftlicher Bindungswille des Mieters entnommen werden, dies auch zukünftig zu tun. (Amtsgericht Köln — 151 C 5191/78)

Weiter auf Seite 56

Bürgerentscheid in der Kleinstadt - Ein Bericht

Bürgerentscheide sind zwar im Gesetz verankert, werden aber höchst selten durchgeführt. In Baden-Württemberg gab es zwar schon mehrere Versuche, eine kommunalpolitische Angelegenheit mit Hilfe dieses basisdemokratischen Instruments durchzusetzen, aber nur ein einziger hatte bisher Erfolg. Alle anderen sind an der 30%-Klausel gescheitert. § 21 der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung ermöglicht die Durchführung eines Bürgerentscheids über folgenschwere öffentliche Bauprojekte der Stadtverwaltung, der Erfolg ist jedoch an die Bedingung gebunden, daß mindestens 30% der Wahlberechtigten entweder mit ja oder nein stimmen.

In Isny im Allgäu, einem kleinen ober-schwäbischen Städtchen mit 8000 wahlberechtigten Bürgern, ist es geglückt. 68% sind zur Wahl gegangen, davon haben zwei Drittel mit Nein gestimmt, also 3540 wahlberechtigte Bürger haben ein von der Stadtverwaltung geplantes „Freizeitzentrum“ auf der grünen Wiese abgelehnt.

Die Argumente der Stadtverwaltung und des Bürgermeisters waren: Den Fremdenverkehr muß man ankurbeln, da wir eine Gegend haben, in der es im Sommer viel regnet. Die Fremden wollen ein Schlechtwetterangebot.

Kein Hallenbad, sondern ein Freizeit-zentrum mit Cafeteria, Kegelbahn, Solarium, Bodenstrudeln und Felsen bei 30° Wassertemperatur, da man ein zukunftsweisendes Bad bauen will.

Der Bürger soll nicht nur zum Schwimmen kommen, er soll den ganzen Tag in diesem Bad verbringen.



Bei dieser Planung hat man sich offensichtlich an den Bedürfnissen der Großstädter orientiert. Ein Konsumangebot rund um die Uhr sollte hier gebaut werden. Viele Bürger waren dagegen — wie viele, stellte sich erst bei dem Bürgerentscheid endgültig heraus.

Die Gegner sagten: „Wir leben in einer Freizeitlandschaft, wir brauchen kein Zentrum, um unsere Freizeit zu verbringen. Wir wollen keinen Massentourismus. Der Besucher, der hier wandern will, ist uns willkommen, aber der Tourist, der hier das Konsumangebot erwartet wie in Oberammergau, den wollen wir hier nicht.

Und die Einheimischen brauchen allenfalls ein Hallenbad, aber kein Konsumzentrum außerhalb der Stadt.“

Zunächst formierte sich ein „Arbeitskreis Umweltschutz“ unter relativ jungen Isnyern, die sich übers Jugendzentrum kannten. Sie beschlossen im Frühjahr 1978, diesen Bürgerentscheid herbeizuführen, das bedeutet, nach der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung kann man mit Hilfe eines Bürgerbegehrens (Unterschriften von mindestens 15% der Bürger) einen solchen Bürgerbescheid herbeiführen. Wir begannen mit Unterschriftensammlungen an einem Infostand in der Innenstadt. Das war für die Isnyer Bürger ungewohnt, und viele trauten sich auch nicht, so öffentlich gegen einen Gemeinderatsbeschuß eine Unterschrift zu leisten.

Daher gingen wir dazu über Haussammlungen zu machen. Inzwischen waren auch ein paar ältere Bürger zu uns gestoßen, die sich vor allem gegen die zu hohen Kosten wandten. Die Haussammlung erbrachte dann die einschneidenden Erfolge. Gleichzeitig begannen die Leserbriefe. Alle möglichen bekannten und unbekannten Leute sagten öffentlich ihre Meinung.

Wir erhielten die verlangte Zahl der Unterschriften. Der Durchführung eines Bürgerentscheids stand nichts mehr im Wege! — Dachten wir.

Aber bis zur tatsächlichen Durchführung verging ein halbes Jahr, weil sich die Verwaltung noch Zeit ausbat, um das projektierte Grundstück näher zu bestimmen und den genauen Preis auszuhandeln, den es kosten sollte. Außerdem wollte man erst noch abwarten, wie hoch die Zuschüsse vom Land sein würden. Die Stadtverwaltung wollte mit Zahlen gespickt in den Wahlkampf ziehen.

Als der Termin bekannt wurde — am 20. Mai sollte der Bürgerentscheid sein — setzten sich die Gegner des Freizeit-zentrums zusammen. Es war inzwischen eine richtige „Initiativgruppe Bürgerentscheid“ entstanden mit etwa 20 aktiven Menschen. Wir gaben zunächst eine Broschüre heraus mit dem Titel: „Isny braucht ein Freizeit-zentrum so dringend, wie ein Fisch einen Regenschirm“. Auch die wurde wieder an alle Haushalte verteilt. Dann veranstaltete die Verwaltung eine Podiumsdiskussion, eine Bürgerversammlung und vier Ortschaftsversammlungen in den angegliederten Dörfern.

Auf die eher handgestrickten Informationsversuche der Initiativgruppe antwortete sie mit Zahlen, Experten und Veröffentlichungen auf vierfarbigem Hochglanzpapier. Das erboste viele Bürger. Die Zahl der Leserbriefe stieg ins nie Dagewesene.

Ein angesehener älterer Mitbürger begann aus eigener Initiative und auf eigene Kosten eine kleine Flugschrift zu drucken, in der sich einige Isnyer Persönlichkeiten mit Photo gegendas Freizeitzentrum ausspra-



chen. Auch das ist für Isny eine Ungeheuerlichkeit gewesen, denn die Devise, „Leg dich doch nicht mit deinem Bürgermeister an, vielleicht brauchst du ihn noch mal,“ ist weit verbreitet, gerade bei den Geschäftsbesitzern und Selbständigen. Doch auch gerade von ihnen erhielten wir Unterstützung.

Die Diskussion erfaßte weite Kreise und der Bürgerentscheid wurde zum Politikum: denn wenn auch in der Kleinstadt ein Geflecht von Beziehungen und Rücksichten herrscht, so traut sich doch ein jeder auch eine Beurteilung solcher öffentlicher Vorhaben zu. Selbst wenn man nicht die genauen Zahlen hatte, die kleine Gemeinde ist überschaubar, und ob ein Touristengheto auf der grünen Wiese gebaut werden sollte oder nicht, war eine grundsätzliche Frage.

So trat das unerwartete Ergebnis ein; der Bürgerentscheid wurde ein Erfolg — für die Gegner. Und das, obwohl der Gemeinderat, der sich in der Mehrheit hinter den Vorschlag der Verwaltung stellte, die Entscheidung auf die Frage zuspitzte: Entweder das Freizeit-zentrum oder gar kein Bad. Das brachte allerdings auch viele Bürger gegen den Rat auf, denn erpressen lassen wollte man sich nicht. Wir waren uns unseres Erfolges vorher keineswegs sicher, diese Erpressung seitens der Stadt ließ sich ja kaum verhindern, es sei denn, wir wählen bei der nächsten Gemeinderatswahl im Herbst andere Vertreter ... Aber das ist wieder ein anderes Thema, allerdings auch das wurde bereits angesprochen in diesem Wahlkampf.

Alles in allem kann man sagen, es hat sich gezeigt, daß direkte Demokratie möglich ist, sogar in Deutschland. Und wenn es in den größeren Städten bzw. in der Schweiz oft nicht so läuft wie man sich das vorstellt, so liegt das vielleicht nicht an dem Instrument Bürgerentscheid, sondern an der Unüberschaubarkeit dieser Kommunen. Mir scheint, an diesem Bürgerentscheid hat sich eine alte Weisheit der Selbstverwaltungstheoretiker bewiesen: Abstimmungen müssen bei den Betroffenen und in kleinen überschaubaren Gemeinwesen durchgeführt werden.

Eva Wonneberger